

## **Sternmarsch gegen das G8-Treffen soll verboten werden**

Im folgende einige Meldungen / Anmerkungen, denen man auch das weitere Vorgehen entnehmen kann:

### **a) Pressemitteilung Sternmarsch-Bündnis 10. Mai 2007**

#### **Sternmarsch gegen das G8-Treffen soll verboten werden**

Massive Einschränkung des Demonstrationsrechts. Eilverfahren beim Verwaltungsgericht wird vorbereitet

Im heutigen Kooperationsgespräch in Rostock teilten die Vertreter der zuständigen Behörde Kavala mit, dass der Sternmarsch verboten werden soll. Alle angemeldeten Routen würden für Zufahrts- und Rettungswege gebraucht. "Von Kooperation war in dem Gespräch nichts zu merken. Die Behördenvertreter haben nur immer wieder wiederholt, dass auf keiner der Straßen der Sternmarsch stattfinden könne", so ein Gesprächs-Teilnehmer aus dem Vorbereitungs-Bündnis. Sobald der Verbots-Bescheid vorliegt, wird Klage per Eilverfahren beim zuständigen Verwaltungsgericht eingereicht. "Eine Demonstration ist in Bewegung. Es ist organisatorisch möglich, einen Teil der Straßen für den Protest zur Verfügung zu stellen und dennoch Rettungswege offen zu halten.", so Peter Kromrey vom Vorbereitungs-Bündnis. Derzeit werden die Vorbereitungen für den Sternmarsch fortgeführt.

Bisher hatte die Polizei stets dementiert, dass es Verbotszonen auch außerhalb des Zaunes um Heiligendamm geben soll. In dem Gespräch wurde nun deutlich, dass eine "protestfreie Zone" um Heiligendamm bis zu den Orten Kühlungsborn, Kröpelin, Bad Doberan und Nienhagen geplant ist. Genau von diesen Orten aus soll der Sternmarsch in Richtung Heiligendamm starten. Die Praxis ist aus den Anti-Atom-Protesten im Wendland als sog. Allgemeinverfügung bekannt. "Die Polizei hebt das Demonstrationsrechtsrecht aus, indem sie den Protest 10 km vom Ort des Geschehens auf die grüne Wiese abdrängt. Auf diese Weise kann der Protest nicht mehr die Medienöffentlichkeit erreichen.", so Ulrike Donat, Anwältin des Anmelders zum Ausgang des Kooperationsgesprächs.

Ulrike Donat ist Spezialistin für Allgemeinverfügungen. "Wir haben sie extra aufgrund ihrer Erfahrungen beim Anti-Castor-Protest gebeten, den Fall zu betreuen.", so Peter Kromrey.  
Euromärsche

"Mit dem Verbot zeigt die Bundesregierung, was sie unter Demokratie versteht. Das Verbot ist nur ein weiterer Versuch, den Protest zu verhindern. Es reiht sich ein in die derzeitige Kriminalisierungswelle gegen den G8-Protest." so Susanne Spemberg vom Vorbereitungs-Bündnis mit Verweis auf die gestrigen Hausdurchsuchungen u.a. in Berlin, Hamburg und Bremen.

Der Sternmarsch wird getragen von einem breiten Bündnis der an der Mobilisierung zu den G8-Protesten beteiligten Gruppen aus den unterschiedlichen globalisierungskritischen Spektren. Die Demonstrationen setzen sich aus verschiedenen Bewegungen wie beispielsweise FriedensaktivistInnen, Queer-Bewegung, antirassistischen Gruppen oder Gewerkschaften zusammen und sind nach übergreifenden Themen organisiert. Mit den verschiedenen Armen des Sternmarsches und der gemeinsamen Abschlusskundgebung soll nach den Tagen vielfältigster Aktionen und

Protesten sowie nach dem Alternativgipfel die Vielfalt und Stärke der Bewegung der Bewegungen auch auf der Straße noch einmal deutlich werden. Die Themenzüge sollen zeigen, dass eine andere Welt nötig und möglich ist.

Kontakt:

[sternmarsch2007@linuxmail.org](mailto:sternmarsch2007@linuxmail.org)

Susanne Spemberg und Peter Kromrey (Sternmarsch- Vorbereitungsbündnis):  
0177/5501939

Ulrike Donat (Anwältin des Anmelders): 040/39106180

### ***b) Presseinformation 2007/0015 – Tobias Pflüger (MdEP) Brüssel, 10. Mai 2007***

#### **Verbot für den am 7. Juni geplanten Sternmarsch**

Zur heutigen Bekanntgabe des Verbotes für den am 7. Juni geplanten Sternmarsch im Rahmen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, erklärt der Europaabgeordnete der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) Tobias Pflüger, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Koordinator der GUE/NGL im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung:

Dass nach den skandalösen Polizeirazzien in sechs Bundesländern, die erwartungsgemäß zu keiner einzigen Festnahme und keinem Haftbefehl führten, nun laut DDP-Meldungen der geplante Sternmarsch am 7. Juni nach Heiligendamm verboten werden soll, zeigt erneut: es geht gar nicht um befürchtete Straftaten, sondern der Protest soll schlichtweg verhindert werden. Es ist nicht hinnehmbar, wenn nun auch noch das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit beschnitten werden soll. Dagegen protestiere ich aufs schärfste und fordere die Verantwortlichen dazu auf, zu demokratischen Spielregeln zurück zu kehren. Wer sich den G8-Gipfel einlädt, der lädt sich damit auch den legitimen Protest ein. Der Ausdruck von Protest muss vollständig gewahrt bleiben, allein schon um die inhaltliche Kritik an den G8 vermitteln zu können.

Brüssel, 10. Mai 2007

### ***c) Pressemitteilung Sternmarsch-Bündnis 11. Mai 2007***

#### **Sternmarsch-Bündnis: Kavala schlägt Sternmarsch nach Bad Doberan vor**

Versammlungsbehörde behindert Demonstrationsrecht

Beim Gespräch mit den AnmelderInnen des Sternmarsches nach Heiligendamm hat die Leiterin der zuständigen Versammlungsbehörde, Christiane Röttgers, offengelegt was die "BAO Kavala" lange Zeit dementiert hatte: Für den Bereich außerhalb des Zauns soll ein generelles Versammlungsverbot gelten. Derzeit werde aber noch an der Formulierung gearbeitet: "Es ist alles im Fluß".

Das "Sternmarschbündnis", welches die Demonstrationen für den 7. Juni organisiert, hatte wiederholt versucht Gesprächstermine mit der Versammlungsbehörde zu vereinbaren. "Mit der Hinauszögerung eines Anmeldergesprächs hat die Polizei ihrer Kooperationspflicht nicht genügt", kommentieren Gipfelgegner.

Begründet wurde die Verzögerung damit, dass die Bearbeitung des Sternmarsch-Antrages viel Zeit benötige. "Nun sind wir angereist, nur um zu erfahren dass ohnehin alles mit Verbot belegt wird", kritisieren die TeilnehmerInnen des Gesprächs. "Wofür also hat die Versammlungsbehörde ihre Zeit genutzt?".

Regierungsdirektorin Röttgers hat in der Vergangenheit wiederholt Allgemeinverfügungen für Castor-Transporte in Niedersachsen verfaßt. Auch dort wurden die Verfügungen erst kurz vor Beginn der Proteste erlassen. Damit war der juristische Klageweg beschnitten.

Juristisch interessant: Die Anmeldung lag bereits Monate vor Beginn des Zaunbaus vor.

Röttgers legte den AnmelderInnen den absurden Vorschlag nahe, sich "ein anderes Ziel" für die Demonstration zu suchen. Möglich sei doch eine sternförmige Demonstrationen von Retschow und Kröpelin nach Bad Doberan.

"Wir demonstrieren nicht gegen die Gemeinde Bad Doberan. Unser Protest adressiert sich an die G8, deshalb gehört er nach Heiligendamm", erklärt Susanne Spemberg vom Vorbereitungs-Bündnis.

Susanne Spemberg und Peter Kromrey (Sternmarsch- Vorbereitungs Bündnis):  
0177/ 550 1939

#### **d) Der stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS und G-8-Beauftragte des Landesverbandes, Steffen Bockhahn zu Sternmärschen**

Offensichtlich steht das Verbot der für den 07. Juni geplanten Sternmärsche nach Heiligendamm kurz bevor. Dazu erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS und G-8-Beauftragte des Landesverbandes, Steffen Bockhahn:

„Demonstrationen sind legitimes Mittel von Protest und müssen auch während des Gipfels am Ort des Anlasses möglich sein. So sieht es das deutsche Recht vor. Demonstrationen zu verbieten oder ins Nirvana zu verlegen ist keine Form der Auseinandersetzung, sie zeugt nur von Ignoranz gegenüber legitimen Forderungen nach mehr Gerechtigkeit. Wer sich für eine gerechtere Welt einsetzt, braucht Protest nicht zu fürchten.

Das Grundgesetz gilt auch am 7. Juni 2007 und auch in Heiligendamm. Die Sternmärsche dürfen nicht verboten werden!“

Schwerin, 08. Mai 2007